
IASS POLICY BRIEF 1/2018

Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS)

Potsdam, Juni 2018

Risk

Government Innovation Lab

Räume zur Erkundung
nachhaltiger Politikstrategien

No Risk

IASS
POTSDAM



Jörg Mayer-Ries ist seit 2007 Referatsleiter im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) in Berlin. Im Auftrag des BMU ist er von Februar 2017 bis Mitte 2018 als Senior Fellow am IASS und als Gastwissenschaftler des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung tätig. Der Beitrag gibt ausschließlich persönliche Überlegungen und Einschätzungen des Autors wieder.

Zukunftsdebatten einen Ort geben: Drei Bausteine

” *Wir erleben neue politische Zeiten mit vielfältigen Herausforderungen für Deutschland – sowohl international als auch national*“ – so leiten die deutschen Regierungsparteien ihren Koalitionsvertrag ein. Spannend ist, wie sie die großen Zukunftsfragen angehen werden und wie wir zu einem angemessenen Betriebssystem für das Regieren im 21. Jahrhundert gelangen.

Komplexe Herausforderungen wie die technologischen Umwälzungen der Digitalisierung, künstlichen Intelligenz und synthetischen Biologie oder die politisch tiefgreifenden Krisen der Demokratie, der europäischen Staatengemeinschaft und der geopolitischen Stabilität müssen systemischer und weniger isoliert, vorausschauender und weniger reaktiv gestaltet werden. Dafür sind – unter anderem – innovative, politikfeld- und ministerienübergreifende Kommunikations- und Organisationsformen notwendig. Neben dem Parlament trägt die Exekutive, insbesondere die politische Administration auf Bundesebene, eine große Verantwortung für die Gestaltung dieser tiefgreifenden Umbrüche, in denen wir uns befinden. Es gilt, Strukturen und Vorgehensweisen innerhalb der Bundesregierung für das Sondieren des Neuen, Unbekannten und eine systematische Erkundung zukünftiger Entwicklungen zu stärken.

Empfohlen werden drei Bausteine für Zukunftsdebatten in und mit der politischen Administration, drei Impulse zur Weiterentwicklung von Kommunikations- und Koordinationsmechanismen in und zwischen Politik, Wissenschaft und Gesellschaft angesichts komplexer politischer Herausforderungen.

■ Erster Baustein

ist die Einrichtung eines regierungsinternen Ideen- und Impulsgebers für innovative Formen der Koordination, ein „**Government Innovation Lab** (oratorium)“. Seine Aufgabe wäre es, Verfahren wie die strategische Vorausschau oder Planspiele oder das Gestalten von Prototypen möglicher Lösungsansätze innerhalb der Ministerien zu initiieren.

■ Der zweite Baustein

soll das Zusammenspiel von Politik und Wissenschaft stärken. Angeregt wird eine konzertierte Aktion von Beiräten der Bundesregierung, Wissenschaftsorganisationen, Akademien und Stiftungen, wichtige gesellschaftliche Zukunftsthemen gemeinsam zu öffentlichen Debatten zu machen – ein „**Science-Policy-Slam**“, orchestriert etwa im Rahmen der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030.

■ Baustein Nummer 3

könnte die Impulse in Richtung der europäischen und internationalen Dimension qualifizieren, zur Stärkung eines kohärenten, langfristigen und planetar verantwortlichen Handelns. Vorgeschlagen wird die Organisation systematischer Dialoge, um **sektorspezifische Nachhaltigkeitsstrategien** zu fördern.

Komplexe Herausforderungen und das Betriebssystem ihrer politischen Steuerung

Trotz des hohen Niveaus von Wohlstand und Fortschritt sind die Herausforderungen für die deutsche Gesellschaft und Politik immens. Herrschende Wohlstands-, Wirtschafts-, Arbeits- und Konsummodelle samt zugehöriger Verhaltensmuster und Infrastrukturen werden durch soziale Umbrüche, drängende Klima- und Umweltveränderungen sowie informations- und biotechnologische Umwälzungen massiv und durchaus auch kurzfristig in Frage gestellt. Systemwechsel werden nicht nur für Verkehr, Landwirtschaft, Ernährung, Energie- und Gesundheitsversorgung propagiert. Reale Risiken und mögliche Umbrüche erzeugen Ängste in breiten Teilen der deutschen Bevölkerung. So werden national wie global verursachte Gefährdungen für unsere Grundwerte, die Demokratie und die Sicherheit des Zusammenlebens hierzulande, in Europa und weltweit zu immer drängenderen politischen Themen.

Komplexität heißt: Entwicklungen wie in der Informationstechnologie bringen radikale und grundlegende Veränderungen unserer Gesellschaften mit sich. Kurz-, mittel- und langfristige Wirkungen greifen ineinander; lokale, nationale und globale Einflüsse überlagern sich mal aufschaukelnd, mal dämpfend; und soziale, wirtschaftliche, technologische und ökologische Problem- und Lösungsaspekte durchdringen sich. Komplette Mobilitäts-, Ernährungs- und Bildungssysteme stehen zur Disposition, nicht mehr nur Treibstoffe, Pestizide und Lernmittel.

Trotz immensen Wissens, ambitionierter Ziele und vielfältigen Engagements auf allen Ebenen sind in Deutschland weiterhin nicht-nachhaltige Entwicklungen zu verzeichnen. Die Wohlstandsentwicklung Deutschlands ist dabei insbesondere auch global (im sozioökonomischen Sinne) und planetar (im physisch-ökologischen Sinne) weder nachhaltig noch verantwortlich. Auf eine Fülle von Herausforderun-

gen wird also gesellschaftlich nicht adäquat reagiert. Das Handeln von Politik und Regierung trägt hierfür in besonderer Weise Verantwortung.

Die Steuerungssysteme der Gesellschaft, insbesondere in der Politik und Verwaltung, sind jedoch dazu berufen, die anstehenden Herausforderungen mit Blick auf das Gemeinwohl nachhaltig zu gestalten. Zugleich sind sie von den skizzierten Herausforderungen und Veränderungen selbst stark betroffen und stehen – auch unabhängig von jeweiligen inhaltlichen Zielen und Programmatiken – unter Innovationsdruck. Dennoch verlaufen Diskussionen um ein erneuertes, angemessenes Betriebssystem für das 21. Jahrhundert im Sand des politischen Alltags.

Aktuelle Diskussionen zu Digitalisierung, künstlicher Intelligenz, Migrationstrends und Demokratiekrise zeigen, dass bei zentralen Zukunftsfragen und den damit verbundenen Herausforderungen für politisches Handeln die Art und Weise der Zusammenarbeit zwischen den Ministerien hoch bedeutsam ist. Doch neue, langfristige Herausforderungen werden in der stark disziplinär, sektoral und ressortgeprägten Regierungsarbeit überwiegend nur unter jeweils einem Blickwinkel, in der zeitlichen Perspektive einer Wahlperiode und auf den eigenen – vorrangig nationalen oder regionalen – Interessenraum bezogen. Multidimensionale strukturelle Herausforderungen werden daher nicht angemessen systematisch und kreativ aufgegriffen. Dagegen gilt es, die Strukturen und Vorgehensweisen gerade auch innerhalb der Bundesregierung für das Sondieren des Neuen, des Unbekannten, für eine systematische Exploration zukünftiger Entwicklungen zu öffnen.

Von außen erscheint Politik- und Regierungsarbeit vielen entsprechend als negativ konnotierte Bürokratie, innovationsfeindlich, symptom- statt problem-

orientiert. Von mehreren Seiten wurde der Mangel an Zukunftsdebatten im vergangenen Bundestagswahlkampf beklagt. Vermisst wurde die Suche nach gemeinsamen Leitideen oder die konsequente Bezugnahme auf politische Rahmenseetzungen wie die Agenda 2030 der Vereinten Nationen im Zuge der Regierungsbildung. Auch von innen wird Regierungsarbeit vielfach als dem Problemdruck unangemessen un-nachhaltig und unkooperativ erlebt.

Was folgt daraus für die Organisation moderner politischer Steuerungssysteme, wenn sie mit Komplexität umgehen sollen? Ministerien sind zugleich Gestalter wie Betroffene einer Transformation des politischen Systems. Es gilt heute dringend das Betriebssystem von Politik, Regierung und Demokratie neu auszurichten. Politik und Verwaltung werden zukünftig intern anders kooperieren müssen, um nachhaltige, systemische Herangehensweisen für die anstehenden Herausforderungen entwickeln zu können. Und das nicht nur, weil komplexe Probleme sich per definitionem dadurch auszeichnen, dass sie im klassischen Sinne gar nicht endgültig lösbar sind – sie verändern sich, während Akteure sie trotz häufig konflikthafter Perspektiven zu lösen versuchen. Und mit ihnen verändern sich wiederum auch die Akteure und die Lösungsstrategien.

Die Organisationsform der deutschen Ministerialverwaltung ist nicht angemessen für diese komplexen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, sondern sie folgt der Tradition des 19. Jahrhunderts. Das preußische Prinzip der Eigenständigkeit jedes Ministeriums bleibt vermeintlich der Fels in der Brandung gegenüber unübersichtlichen Verhältnissen und Zuständigkeiten. Es ist daher davon auszugehen, dass aktuelle Konzepte und Organisationsformen der politisch-administrativen Arbeit in der Bundesregierung mitverantwortlich sind für nicht-nachhaltige

gesellschaftliche Antworten auf anstehende komplexe Herausforderungen, für die Werte- und Demokratiekrise in der Gesellschaft, und auch für Ineffizienz, mangelnde Wirksamkeit und Krisen in den Binnenstrukturen und -abläufen der Ministerialbürokratie.

Als eine wichtige Bedingung hierfür gilt nach einhelliger Meinung eine stärkere ressort- und zuständigkeitsübergreifende Abstimmung politischen Handelns. Dieser zentrale Hebel einer besseren Kommunikation, Koordination und Kooperation wird seit langem und immer wieder benannt und eingefordert. Das politisch-administrative System gerade auch der deutschen Ministerialverwaltung auf Bundesebene ist ein entscheidender Adressat und Teilbereich der Problem- und Defizitanalyse. Es ist aber auch ein relevanter Akteur für dessen Reflexion und Gestalter von innovativen Umgangsformen mit komplexen langfristigen Themenstellungen, um diese politisch bearbeitbar zu machen.

Government Innovation Lab

Fertige Modelle zu übertragen, einfache Lösungen durchzusetzen, grundsätzliche Strukturreformen einzufordern – mit Blick auf Akzeptanz und Umsetzbarkeit in der Praxis sind das wenig realistische Optionen. Zu suchen ist zunächst nach Rahmenbedingungen und Prozessen politisch-administrativer Praxis, in die ein innovativer Impuls eingebettet werden kann, der durch die Mitarbeiter der Ministerien und mit ihnen organisatorische und kommunikative Dynamik in der abteilungs- und ressortübergreifenden Diskussion und bei der Bearbeitung komplexer langfristiger Entwicklungen entfaltet.

Als zentralen Baustein hierfür wird ein regierungsinterner Ideen- und Impulsgeber für innovative Formen der Koordination vorgeschlagen, ein Government Innovation Laboratorium, kurz „Lab“. Seine Aufgabe wäre es, Verfahren wie strategische Vorausschau auf Zukunftsentwicklungen oder Planspiele zu möglichen Konflikt- und Entscheidungslagen oder gemeinsames Faktensammeln und Gestalten von Prototypen möglicher Lösungsansätze innerhalb der Ministerien zu initiieren.

Dieses Lab besteht im Kern aus einer festen Arbeitsgruppe von Ministerialmitarbeitern, die sich im Design innovativer fachübergreifender Kommunikations- und Kooperationsformate auf zeitweise Mitarbeit von interessierten Kolleginnen und Kollegen aus den Ressorts stützen und die fallweise auch mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft und Beratung sowie weiteren Wissensträgern kooperieren. Gestützt auf einen Auftrag aus dem Bundeskanzleramt und verschiedenen Ressorts arbeitet das Lab konkrete Vorschläge für überwiegend dialogische Formen der Erschließung, Strukturierung und Bearbeitung komplexer, langfristiger und grundlegender Herausforderungen innerhalb des politisch-administrativen Systems aus. Es setzt diese in Kooperation

mit den Ressorts um und initiiert einzelne Vorhaben als Experimente kooperativer Koordination. Wichtig ist es, dass die beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihre Ressorts sich als Eigentümer der Ideen und Lösungen begreifen, von der Konstitution des Labs bis zum Transfer seiner Ergebnisse.

Dies ist ein inhaltlich, organisatorisch, finanziell und politisch überschaubarer Impuls, der bewusst größere strukturelle Defizite adressiert, aber auch die strukturellen Rahmenbedingungen sehr realistisch einzuschätzen versucht, unter denen er wahrgenommen, diskutiert, angepasst und in der Praxis aufgegriffen werden kann. Ziel ist es, komplexe Herausforderungen im ministerienübergreifenden Austausch aus verschiedenen Perspektiven zu verstehen und kooperativ anzugehen. Beispielsweise die Frage: Wie kann ich mit den fachlich verantwortlichen Beamten aus Justiz-, Bau-, Wirtschafts-, Umwelt-, Verkehrs- und Arbeitsministerium mehrere Varianten von Zukunftssimulationen entwerfen und durchspielen, um wirtschaftliche, soziale und demokratische Chancen und Risiken einer postfossilen Stadtentwicklung zu identifizieren?

Im Ausland testet man bereits seit längerer Zeit kreative Ansätze wie Zukunftskommissionen, Innovationslaboratorien, Hubs und Plattformen für neue kooperative Regierungs-, Verwaltungs- und Dienstleistungsaufgaben. Die OECD trägt gute Beispiele solcher Innovationspraxis im öffentlichen Sektor zusammen und tritt für massive Innovationen im Regierungshandeln ein. Dies wird hierzulande zu wenig wahrgenommen, die hiesige Regierungspraxis hat Nachholbedarf und sollte mehr Experimente wagen.

Folgende Aufgabenstellungen werden zu Beginn des Labs als relevant, geeignet und anschlussfähig an politische Prozesse angesehen:

Regierungsstandort Berlin



Abbildung 1:
Verschiedene
Bundesministerien
liegen geographisch
nah beieinander.

Quelle: IASS

- Austausch, Vernetzung und Kapazitätsaufbau bei Prozess-Innovations-Akteuren in der politischen Administration (vor allem die untere und mittlere Führungsebene) bezogen auf die Ziel- und Aufgabenstellung allgemein und aktuelle thematische Schwerpunkte des Labs.
- Als ein politikfeldübergreifender Themenschwerpunkt bietet sich die Förderung und Verstetigung einer ressortübergreifenden strategischen Vorausschau zur Identifizierung und Einordnung mittel- und langfristiger Herausforderungen an. Sie kann den einzelnen Ressorts wie der Gesamtheit der Bundesregierung zur Vorbereitung inhaltlicher, strategischer, politischer Arbeit sowie als Kompetenzaufbau in Methoden und Organisation von Vorausschau dienen.¹
- Aufgabe des Labs wäre es, ein innovatives Design für einen auf sechs bis maximal zwölf Monate angelegten intensiven Arbeitsprozess zu entwickeln, in dem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verschiedener Ressorts mit ausreichend fachlicher Breite – gegebenenfalls in Kooperation mit dem Bundestag – ein gemeinsames Verständnis, Schwerpunkte und Prioritäten des Themas entwickeln. Zudem sollten Optionen für die institutionelle Verankerung der Aufgaben formuliert sowie Roadmaps wichtiger Zwischenziele und -schritte bis 2021 und 2030 erarbeitet werden.

¹ Die Bundesregierung hat angesichts von Forderungen nach mehr Systemdenken, Kohärenz und Effektivität in der Politik diesen Bedarf aufgegriffen und in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2016 angekündigt „... einen interministeriellen Arbeitskreis zum Thema ‚strategische Vorausschau‘ ein[zu]richten, um den Staatssekretärsausschuss zu Chancen und Risiken mittel- und langfristiger Entwicklungen besser beraten zu können.“ (Bundesregierung 2017, 45). Für das Lab bieten die Aktivitäten der Bundesakademie für Sicherheitspolitik im Bereich ressortübergreifender Zukunftsforschung hier eine geeignete Basis für Synergieeffekte.

Das Government Lab – gemeinsame Initiative angesichts komplexer Herausforderungen

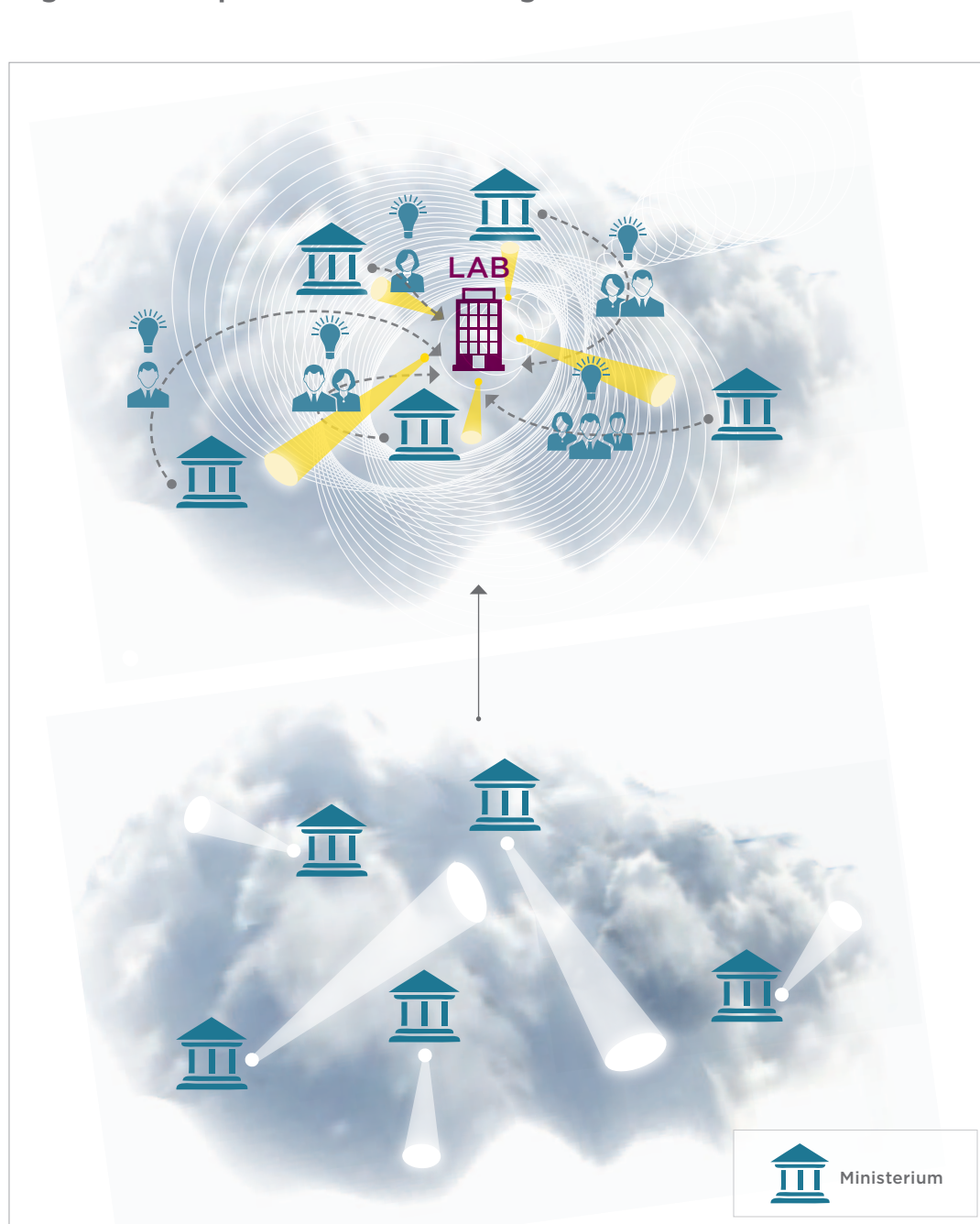


Abbildung 2:
Innovative Lösungen
setzen die Verbindung
verschiedener Problem-
sichten, Ressourcen
und Ideen voraus.

Quelle: IASS

„Science-Policy-Slam“

Der zweite Baustein zielt auf die Schnittstelle von Politik und Wissenschaft. Es geht darum, politische Aufmerksamkeit für langfristig entscheidende, aber tagespolitisch wenig präsente Themen zu schaffen und dabei eine systemische, nachhaltige Bearbeitung in Politik und Administration zu befördern. Vorgeschlagen wird, dass sich verschiedene wissenschaftliche Beiräte der Bundesregierung, wissenschaftliche wie politische Akademien und diverse Stiftungen in thematisch und zeitlich konzentrierter Form mit ausgewählten Themen befassen und unterschiedliche Arbeitsformate strategisch nutzen, um eine breite fachliche wie öffentliche Debatte zu erzeugen. Die seitens der Bundesregierung im letzten Jahr neu eingerichtete Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 könnte den Rahmen für eine solche konzentrierte Strategie einer breit verstandenen Wissenschafts- und Politikberatungslandschaft bilden.

Die genannten Akteure sind wichtige Vordenker, Berater und Impulsgeber der Regierung – und agieren doch zumeist isoliert voneinander, orientiert auf die herkömmlichen und getrennten Politikfelder, fokussiert auf Erwartungen und Blickwinkel eines jeweils zuständigen Ministeriums, Auftraggebers oder der klassischen Klientel. In Wissenschaft und Beratung finden sich nicht nur so manche Elfenbeintürme, sondern auch Silostrukturen, die innovative Impulse in Richtung Ko-Kreation von Fragestellungen, Ko-Produktion von Wissen und Kooperation für eine gesellschaftliche und politische Wirkung notwendig machen.

Wünschenswert wäre beispielsweise, dass sich Gesundheits- und Sicherheitsexperten, Wirtschaftsweisse, Verbraucher- und Bildungsbeiräte sowie politische

Stiftungen gemeinsam und in einem abgestimmten zeitlichen Aufmerksamkeitsfenster mit der Dynamik künstlicher Intelligenz befassen. So gebündelt könnten der Regierung Handlungsoptionen mit konzentriertem Nachdruck vorgeschlagen werden. Dies wäre in einem hohen Grade effektiv, effizient und schlichtweg ganzheitlich aufschlussreich für alle Beteiligten.

Die von der Bundesregierung initiierte Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 wäre ein fachlich ausreichend breiter und mit den genannten Akteuren zunehmend gut vernetzter Ort, um fachlich wie politisch geeignete Themen zu identifizieren und eine koordinierte Kommunikation im wissenschaftlichen, öffentlichen und politischen Raum zu organisieren. Mögliche Themen wären die Chancen der Digitalisierung für die Umsetzung der Nachhaltigkeitspolitik ebenso wie die nachhaltige Gestaltung der Digitalisierung; oder Herausforderungen, Konzepte und Initiativen für eine inklusive und aktive Demokratie. Zudem könnte die Wissenschaftsplattform die Beiräte gemeinsam mit Akademien und Stiftungen zu einem Dialog mit den Ministerien einladen und so einen Impuls für eine interministeriell wie gesellschaftlich eingebettete strategische Vorausschau geben.

Ein Anfang ist bereits gemacht. Im Mai 2018 fand auf Einladung der Wissenschaftsplattform erstmals ein Treffen von mehr als zehn wissenschaftlichen Beiräten der Bundesregierung statt. Im Vordergrund stand ein erster gegenseitiger Austausch über Zukunftstrends und erwartete Problemlagen, die für die deutsche Gesellschaft relevant sein werden – betrachtet aus der jeweils spezifischen Sicht der verschiedenen Räte.² Hieran ließe sich anknüpfen.

¹ Siehe dazu die Pressemitteilung der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 vom 25. Mai 2018, https://www.iass-potsdam.de/sites/default/files/2018-05/PM_Beiraete.pdf

Dialoge für sektorspezifische Nachhaltigkeitsstrategien

Die ersten Bausteine adressieren, was im Wahljahr und den nachfolgenden Sondierungsrunden so dringend und vielfach vermisst wurde: Zukunftsdebatten, die große, ungelöste Probleme zunächst ehrlich benennen, und die Formulierung einer Leitidee für die Politik der nächsten vier Jahre und darüber hinaus, um diesen Debatten einen Rahmen zu geben.

Die einzig verfügbare Vision, die zugleich global und europäisch anschlussfähig ist, wird im Koalitionsvertrag nur am Rande erwähnt – der Zukunftsvertrag der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ der Vereinten Nationen, beschlossen 2015. Deutschland muss sich wie alle Industrieländer seiner historisch gewachsenen und zukunftsentscheidenden globalen Verantwortung stellen, dies macht die geltende deutsche Nachhaltigkeitsstrategie wiederum sehr deutlich. Für ihre Umsetzung ist die Identifizierung und nachhaltige Gestaltung globaler Wertschöpfungsketten erforderlich. Entsprechende erste Ansätze wie „Chemie3“, „entwaldungsfreie Lieferketten“ oder das „Textilbündnis“ machen die Anforderungen und Optionen auf dem Weg zu ausreichend differenzierten Nachhaltigkeitsstrategien deutlich.

Dies setzt neue Kommunikations- und Kooperationsansätze in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft voraus, über verschiedene Sektoren und Handlungsebenen hinweg. Das heißt, gerade global verantwortliches Handeln stellt herkömmliche Strukturen von Regierung und Administration, Wissenserzeugung und -transfer sowie das Management von wirtschaftlichen Stoffwechselprozessen in Frage. Innovative und ambitionierte Ansätze in verschiedenen Unternehmen und Branchen, bei Konsumenten, Anlegern und Verantwortlichen für Beschaffung sind vorhanden, doch es bleiben schwierige Sachfragen und Aushandlungsprozesse zu bewältigen und politische Synergien und die öffentliche Unterstützung zu stärken.

Baustein Nummer 3 sieht daher vor, das Government Innovation Lab in Kopplung mit nachhaltigkeitspolitisch fokussierten wissenschaftlichen Impulsen zu nutzen, um sektorspezifische Nachhaltigkeitsstrategien zu erarbeiten. Damit wird eine gesellschaftliche Herausforderung als Schwerpunkt gesetzt, die einen höchst komplexen, konfliktgeladenen und ko-kreativen Suchprozess nach tragfähigen Antworten voraussetzt.

Ein systematisch und kooperativ organisierter Austauschprozess der Ministerien ist Voraussetzung, um konsistente, robuste politische und instrumentelle Anstöße in Richtung global verantwortlichen wirtschaftlichen Handelns einzelner Wirtschaftsbranchen und Nachfragebereiche – über Wertschöpfungs-, Finanzierungs- und Lieferketten hinweg – geben zu können. Global nachhaltige nationale Ernährungskonzepte etwa erfordern Landwirtschafts-, Industrie-, Handel- und Konsuminteressen sowie regional-, entwicklungs-, umwelt- und gesundheitspolitische Aspekte abzuwägen, Zugänge zu vielfältigen innovativen Akteuren zu finden und Allianzen anzuregen.

Ebenfalls entscheidend ist hier, verschiedene Wissensperspektiven und -formen produktiv in Verbindung zu bringen. Gerade die Frage, wie globale Verantwortung konkret, wirkungsvoll, messbar und akzeptabel gestaltet werden kann, erfordert eine interdisziplinäre wissenschaftliche Expertise ebenso wie einen klugen Dialog mit gesellschaftlichen Interessengruppen und in Richtung der politischen Entscheider.

Zum Autor



© IASS; Foto: Lotte Ostermann

Jörg Mayer-Ries ist seit 2007 Referatsleiter im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) in Berlin. Er studierte Wirtschafts-, Sozial- und Politikwissenschaften und schloss sein Studium als Diplomökonom mit volkswirtschaftlichem Schwerpunkt ab. Es folgte die Promotion am Lateinamerikainstitut der FU Berlin zum Dr. rer. pol. in Wirtschaftswissenschaften. Er arbeitete bis 1998 als Studienleiter für Wirtschafts-, Umwelt- und Nord-Süd-Fragen an der Evangelischen Akademie Loccum und bis 2007 als Seniorberater in einem mittelständischen Beratungsunternehmen für Organisations-, Kommunikations- und Strategieentwicklung. Seine Arbeitsschwerpunkte beim BMU sind Fragen der Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft, der neuen Wohlstands- und Wachstumskonzepte und -indikatoren sowie die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsforschung und Politikberatung. Im Auftrag des BMU ist er bis Mitte 2018 als Gastwissenschaftler des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung tätig und als Senior Fellow am IASS. Dort hat er auch das Discussion Paper „Government Innovation Lab“ verfasst (DOI: 10.2312/iass.2018.007).



Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) e. V.

Das IASS forscht mit dem Ziel, Transformationsprozesse hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft aufzuzeigen, zu befördern und zu gestalten, in Deutschland wie global. Der Forschungsansatz des Instituts ist transdisziplinär, transformativ und ko-kreativ: Die Entwicklung des Problemverständnisses und der Lösungsoptionen erfolgen in Kooperationen zwischen den Wissenschaften, der Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft. Ein starkes nationales und internationales Partnernetzwerk unterstützt die Arbeit des Instituts. Zentrale Forschungsthemen sind u.a. die Energiewende, aufkommende Technologien, Klimawandel, Luftqualität, systemische Risiken, Governance und Partizipation sowie Kulturen der Transformation. Gefördert wird das Institut von den Forschungsministerien des Bundes und des Landes Brandenburg.

IASS Policy Brief 1/2018 Juni 2018

Institute for Advanced Sustainability Studies Potsdam (IASS) e. V.
Berliner Straße 130
14467 Potsdam
Tel: +49 (0) 331-28822-300
Fax: +49 (0) 331-28822-310
E-Mail: media@iass-potsdam.de
www.iass-potsdam.de

Redaktion: Eva Söderman

ViSdP:
Prof. Dr. Patrizia Nanz,
Geschäftsführende Wissenschaftliche Direktorin

DOI: 10.2312/iass.2018.010
ISSN: 2196-9221

